

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/12/2014

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 08.12.2014,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str.9, R. 4

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:25 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hinrich Schmick

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Jürgen Eckert
Herr Jörg Hansen
Herr Detlef Levenhagen
Herr Jochen Proske
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Roland Wilde

i.V.f. STV Koch

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Juan Deininger Kinder- u. Jugendbeirat
bis TOP 12
Frau Karin Düwel Seniorenbeirat bis TOP 12

Verwaltung

Herr Michael Sarach Bürgermeister
Frau Kerstin Bath
Frau Gabriele Fricke
Frau Angela Haase bis TOP 8
Frau Petra Haebenbrock-Sommer
Herr Robert Link
Herr Thomas Reich
Frau Birgit Reuter Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Tobias Koch

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr.11/2014 vom 17.11.2014
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.2.1. Anordnung von Kontrollmaßnahmen gem. § 180 Abs. 3 LVwG
 - 6.2.2. Schlussbericht Unabhängiger Expertenkommission Missbrauchsfälle Evangelisch-Lutherische Kirche
 - 6.2.3. Erhöhte Kosten der Veröffentlichung von Amtlichen Bekanntmachungen im MARKT
7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2014
8. Pflege der Städtepartnerschaften 2015
9. Erlass der Haushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2015 **2014/133**
10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 **2014/086**
11. Abstimmung über das weitere Vorgehen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement
12. Verschiedenes
 - 12.1. Parkplätze in der Innenstadt
 - 12.2. Ratsinformationssystem

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Schmick eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Schmick stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen und Anregungen von Einwohnern und Einwohnerinnen gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Hauptausschuss kommt überein, da konkrete Verständnisfragen zu Stellenplaninhabern bestehen, den Stellenplan auch als TOP 14 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten.

Der Hauptausschuss stimmt der Ergänzung der Tagesordnung um den Stellenplan in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Der Hauptausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte „Erlass der Haushaltssatzung 2015 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2015“ sowie „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015“ aufgrund des Beratungsbedarfs in den Fraktionen in der heutigen Sitzung ausschließlich zu beraten ohne Beschlussfassung.

Der TOP 13 „Berichte/Mitteilung des Bürgermeisters“ entfällt aufgrund mangelnder Berichte.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen anschließend der Behandlung des TOP 13 „Vertragsangelegenheit, Vorlagen-Nr. 2014/125“ und des TOP 14 „Erlass der Haushaltssatzung 2015 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2015“ soweit es um konkrete Verständnisfragen zu Stellenplaninhabern geht, in nicht öffentlicher Sitzung gem. § 46 Abs. 8 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein mit der erforderlichen

Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anschließend stimmt der Hauptausschuss der mit Einladung vom 26.11.2014 versandten Tagesordnung mit wie vor genannten Änderungen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr.11/2014 vom 17.11.2014

Der Tagesordnungspunkt 9, „Anfrage zum Sachstand Integration des DLRG-Ortsvereins Ahrensburg im Rettungszentrum“, Abs. 2 wird wie folgt ergänzt:

„Von einem Ausschussmitglied wird auf die mangelnden Lagermöglichkeiten durch das DLRG im Rettungszentrum und die eventuellen Konflikte der Jugendarbeit im Rettungszentrum bei gleichzeitigen Einsätzen der Feuerwehr hingewiesen.“

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

– *siehe Anlage* –

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.2.1. Anordnung von Kontrollmaßnahmen gem. § 180 Abs. 3 LVwG

– *siehe Anlage* –

6.2.2. Schlussbericht Unabhängiger Expertenkommission Missbrauchsfälle Evangelisch-Lutherische Kirche

Der Schlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung von Missbrauchsfällen im Gebiet der ehemaligen Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, heute Evangelische-Lutherische Kirche in Norddeutschland, ist veröffentlicht unter:

<https://kirchegegensexualisiertegewalt.nordkirche.de/bericht-der-unabhaengigen-expertenkommission.html>.

6.2.3. Erhöhte Kosten der Veröffentlichung von Amtlichen Bekanntmachungen im MARKT

Aufgrund der wesentlich erhöhten Kosten der Veröffentlichung von Amtlichen Bekanntmachungen im MARKT wird die Verwaltung im Rahmen einer Vorlage eine Änderung der Hauptsatzung der Bekanntmachungsorgane vorschlagen.

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass auch das Hamburger Abendblatt, Regionalausgabe Stormarn, in Ahrensburg immer weniger gelesen werde.

7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2014

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den TOP „Erlass der Haushaltssatzung 2015 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2015, Vorlagen-Nr. 2014/133“ von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung abzusetzen, da in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses keine Beschlussfassung erfolgt.

8. Pflege der Städtepartnerschaften 2015

Die Verwaltung trägt nachfolgenden Sachverhalt vor:

Am 10.11.2015 jährt sich das Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Ludwiglust zum 25. Mal.

Hierfür ist es erforderlich zu klären, ob eine gemeinsame Feier in Ludwiglust ausreicht oder ob dieses Jubiläum auch zusätzlich in Ahrensburg zu würdigen ist. Falls eine Würdigung auch in Ahrensburg gewünscht wird, ist zu klären, ob diese in Zusammenhang mit dem offiziellen Partnerschaftstreffen stattfinden soll.

Ludwiglust hat angeregt, gemeinsame Feierlichkeiten um den 03.10.2015 mit Ahrensburgern in Ludwiglust zu begehen. Eine erste Abstimmung ist am 11.12.2014 beim Treffen in Ludwiglust vorgesehen.

Die Mitglieder der AG Städtepartnerschaft haben folgendes Verfahren empfohlen:

1. Die Partnerstädte werden für das Wochenende 02. – 04.10.2015 anlässlich des Jubiläums mit Ludwiglust - wie im Sachverhalt dargestellt - nach Ahrensburg eingeladen.
Alternativ ist ein Termin im November 2015 zu wählen.
2. Eine gesonderte Würdigung des 25. Jubiläums mit Ludwiglust in Ahrensburg erfolgt nicht, wenn eine Teilnahme von interessierten Ahrensburger Bürgerinnen und Bürger in Ludwiglust möglich ist.

Möglicher Programmwurf:

- 02.10.2015: Anreise der Gäste aus den Partnerstädten in Ahrensburg (ggf. Besuch Oktoberfest)
- 03.10.2015: Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum mit Ludwiglust in Ludwiglust mit allen Gästen aus den anderen Partnerstädten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern (Anreise per Bus)
- 04.10.2015: Arbeitsgespräch und Aktivitäten mit allen Gästen aus den Partnerstädten in Ahrensburg

Von einem Ausschussmitglied wird darauf hingewiesen, dass die Gäste aus den Partnerstädten Viljandi und Esplugues, den Festakt mit den Vorträgen nur mit Schwierigkeiten sprachlich verfolgen könnten, da die Veranstaltung nicht in deren Muttersprache stattfindet. Eine Einladung der Partnerstädte nach Ludwiglust wird von ihm nicht befürwortet.

Andererseits wird darauf hingewiesen, dass den Partnerstädten Dolmetscher anhand gegeben werden könnten.

Ein weiteres Ausschussmitglied weist darauf hin, dass möglichst kein 5-Stunden-Festakt in Ludwigslust geplant werden sollte, sondern ein Sightseeing Programm mit einer kompatiblen Gestaltung.

Die Mehrheit des Hauptausschusses spricht sich dafür aus, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Programmentwurf zu konkretisieren (Kostenplanung, Einverständnis von Ludwigslust, Unterbringung in Ahrensburg etc.).

Die Verwaltung wird mit der Stadt Ludwigslust abklären, ob die Partnerstädte der Stadt Ahrensburg an einer gemeinsamen Feier in Ludwigslust teilnehmen können.

9. Erlass der Haushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2015

Ausschussmitglied Wilde bedankt sich beim FD I.2, insbesondere bei Herrn Link und Frau Bath, für die Beantwortung seiner Fragen zum Stellenplan.

Bürgermeister Sarach beantragt die Bereitstellung einer neuen Stelle, Entgeltgruppe 8 TVöD bzw. A 8 Beamtenbesoldung für Wohnungsangelegenheiten, Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) und Asylbewerberleistungsgesetz.

Der Kreis der Anspruchsberechtigten im Sozialgesetzbuch XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz steigt nach Jahren stetig:

12/2005 =	235	Zahlfälle
12/2010 =	318	Zahlfälle
12/2011 =	335	Zahlfälle
12/2012 =	352	Zahlfälle
12/2013 =	352	Zahlfälle
12/2014 =	449	Zahlfälle

Bei der Stellenbemessung, die 2005 bei Einführung der SGB II – Gesetzgebung für die so genannten Restfälle – galt und bis heute noch gilt, ist ein Fallbestand von 115 bis 120 Zahlfälle je Sachbearbeiter zugrunde gelegt worden. Die Zahlfälle im SGB XII und Asylbereich sind seitdem jedoch deutlich gestiegen. Eine Anpassung der Stellen erfolgte nur im geringen nicht ausreichenden Umfang durch Aufstockung von 5 Stunden. Parallel ist vielmehr in 2008 eine 0,5 Sozialpädagogen-Stelle für die Betreuung der Unterkünfte ersatzlos weggefallen. Die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz sind mit aktuell 449 Zahlfällen auf dem höchsten Stand seit 10 Jahren. Bei 449 Zahlfällen ergibt sich rechnerisch ein Stellenbedarf von 3,7 Stellen. Die tatsächliche Besetzung liegt bei 2,5 Stellen. Es besteht ein Stellenmehrbedarf von 1,2 Stellen.

Dazu wurde in der letzten Woche eine neue Prognose mit konkreten Zuweisungszahlen von Flüchtlingen für Ahrensburg durch den Kreis Stormarn übersandt. Danach muss Ahrensburg mit bis zu 155 weiteren Flüchtlingen im Jahr 2015 rechnen. Die Fallzahl wird daher im Jahr 2015 mindestens 500 erreichen. Dringender Handlungsbedarf ist damit gegeben, um die gesetzliche Weisungsaufgabe erledigen zu können. Ohne die beantragte Aufstockung mit Personal ist die Aufgabenerledigung nicht mehr umsetzbar.

Die Bereitstellung eines Mitarbeiters durch den Kreis Stormarn im Rahmen des Betreuungsmodells am Tag der Erstaufnahme der Asylbewerber in der Zeit von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr und an einem Nachmittag in der Woche für 3 Stunden ist bei Weitem nicht ausreichend. Landesmittel stehen nicht zur Verfügung.

Ausschussmitglied Bellizzi bittet zur neu beantragten Stelle im Bereich des Fachdienstes II.4 „Soziale Hilfen und Wohnungsangelegenheiten“ um Auskunft, wie viel Anträge in der Vergangenheit aufgrund der steigenden Zahlfälle nicht bearbeitet werden konnten.

Anmerkung der Verwaltung:

Betreuungsprojekt des Kreises

In der Vorbereitungsphase wurde die Stadt lediglich zu einem Informationsgespräch eingeladen; inhaltliche Korrekturen waren nicht möglich.

In einer Infoveranstaltung bei dem Kreis Stormarn am 08.12.2014 und einem Folgetermin im Ahrensburger Rathaus am 10.12.2014 mit der AWO als zuständigen Träger zur Umsetzung des Kreisprojekts zur Entlastung der Kommunen bei der Asylbewerberbetreuung, wurde konkret über den zeitlichen Einsatz in Ahrensburg gesprochen. Aufgrund der zu Verfügung stehenden Stellenanteile seitens des Trägers im gesamten Südkreis ist lediglich ein 2-stündiger Beratungseinsatz eines so genannten „Sprachmittlers“ am Mittwochnachmittag im Rathaus geplant. Er wird insbesondere Übersetzungen bei Flüchtlingsfragen vornehmen und soll Ansprechpartner für die Flüchtlinge bei Alltagsproblemen sein.

Die erhoffte Entlastung bei den Einweisungen von Asylbewerbern durch das Projekt wird es in der bislang angedachten Form auch nicht geben können. Aufgrund der Stellenanteile wird der Sprachmittler nicht bei jeder Zuweisung am Dienstag (Zuweisungstag) anwesend sein können. Ahrensburg hat während des Gesprächs eingefordert, dass zumindest sichergestellt wird, dass jede neue Flüchtlingsfamilie am Zuweisungstag noch durch den Sprachmittler aufgesucht wird. Das Projekt ist auf 1 Jahr bewilligt und soll zur Mitte des Jahres evaluiert werden.

Der notwendige Abstimmungsbedarf mit Flüchtlingen vor Ort in den Unterkünften ist nicht in ausreichendem Maß gesichert, weder durch das Projekt, noch durch städtische Mitarbeiter.

Bei der Leistungssachbearbeitung findet keine Entlastung auf örtlicher Ebene statt.

Arbeitsrückstände

- Die Leistungsbescheide erfolgen durchschnittlich nach bis zu 4 Monaten Wartezeit, vereinzelt noch später. Etliche Antragsteller mahnen Bescheide an, da diese dringend zur Vorlage bei anderen Behörden (z. B. Krankenkassen) benötigt werden. Es werden bislang keine anspruchsberechtigten Personen mittellos über einen längeren Zeitraum sich selbst überlassen. In den Fällen wird mit Vorschüssen von Leistungen gearbeitet. Allerdings wird eine abschließende ordnungsgemäße Bescheiderteilung immer weiter nach hinten geschoben und die „Abwicklung“ eines Falles gestaltet sich in der Folge dann immer schwieriger, unübersichtlicher und letztendlich viel länger.

- Veränderungen in den einzelnen Fallbeständen (z.B. eingereichte Betriebs- und Heizungskostenabrechnungen, Versicherungsnachweise, geänderte Einkommen) liegen unbearbeitet aus Vormonaten vor.
- Eine Urlaubsvertretung ist für die Kollegen untereinander, bis auf eine eingeschränkte Notfallvertretung, nicht gewährleistet, sodass in der Folge immer weitere Arbeitsrückstände auflaufen.
- Terminarbeiten sind zu erledigen (Budgetmeldungen, Statistiken, monatliche Zahläufe) und lassen sich immer schwerer in den Arbeitsablauf integrieren; sodass sie nur unter einem großen zeitlichen Druck ausgeführt und sichergestellt werden können.
- Unterhaltsüberprüfungen werden zurzeit gar nicht durchgeführt.
- Die Zahl der Beratungsfälle, ohne dass ein lfd. Fall daraus entsteht, nimmt seit Jahren stark zu (Schuldenproblematik, unangemessener teurer Wohnraum, Haus- und Grundbesitz, private Krankenversicherungen, seelische Probleme etc.).

Die Verdoppelung der Fallzahlen in den letzten 10 Jahren ohne Anpassung der Stellenanteile gewährleistet eine ordnungsgemäße, dem Gesetz entsprechende Aufgabenerledigung der übertragenen Pflichtaufgabe, nicht mehr.

Die CDU-Fraktion erklärt, dass sie der Bereitstellung der Stelle Nr. 117/2014 für die Stadtplanung zustimmen werde, jedoch erwartet, dass B-Planverfahren verstärkt im Hause bearbeitet werden und insofern Einsparungen erfolgen.

Einerseits wird von einem Ausschussmitglied eine Befristung der Stadtplanerstelle befürwortet zur Vermeidung der Ausweitung des Stellenplans und mit Verweis auf die in der Vergangenheit getätigten guten Erfahrungen bezüglich befristeter Stellen. Sollte zukünftig dennoch weiterhin ein Bedarf bestehen, bestehe die Möglichkeit der Entfristung.

Andererseits wird von einem Ausschussmitglied erklärt, dass bei einer Befristung der Stelle die Gefahr bestehe, dass keine ausreichend qualifizierten Kräfte gefunden werden würden.

Auf Anfrage des Ausschussmitglieds Bellizzi über die Zusammensetzung der in der Vorlage 2014/133 auf Seite 3 aufgeführten Summe zur Vollzeitstelle „Stabsstelle“ in Höhe von 98.300 € erklärt die Verwaltung, dass der Betrag die Besoldung zuzüglich Rücklage für die Pensionskasse umfasst.

Ausschussmitglied Levenhagen beantragt im Namen der CDU-Fraktion, dass die Stelle Nr. 17 einen kw-Vermerk erhält (AN/085/2014).

Die Verwaltung berichtet, dass sowohl der Sozialausschuss als der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss einer Erhöhung der Stelle Schulsozialarbeit an der SLG um 3 Std. empfohlen hat. Eine Einarbeitung im Stellenplanentwurf muss noch erfolgen.

Der Tagesordnungspunkt wird anschließend auf die kommende Sitzung des Hauptausschusses vertagt.

10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

Vorab kommt der Hauptausschuss überein, die Beratung auf Basis 1. Entwurf der Haushaltssatzung und Haushaltsplans 2015 durchzuführen, beginnend mit nachfolgenden Haushaltspositionen des **Teilfinanzplanes 2015**:

- **S. 46, PSK 11100.0800000, Beschaffung von beweglichem Vermögen, Rollcase und Handsendemikrofone für Reithalle - Gemeindeorgane**

Aufgrund der Änderung der Funkfrequenzen zum 01.01.2016 sind für die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen in der Reithalle neue abhörsichere Handsendemikrofone, die eine Verschlüsselung beinhalten, zu erwerben. Der Preis für einen Handsender beträgt ca. 1.250 € netto. Benötigt wird ebenfalls ein Rack auf Rollen/Rollcase, in welches die mobile Technik Mischpult und Funkempfänger (ca. 500 €) eingebaut werden.

- **S. 46, PSK 11100.891000, Beschaffung von beweglichem Vermögen, 10 Tablets - Gemeindeorgane**

Die Beschaffung von 10 Tablets soll für die Selbstverwaltung erfolgen. Zurzeit arbeiten von insgesamt 56 Mitgliedern in der Selbstverwaltung 32 digital. Die Fächer im Rathaus für die digitale Selbstverwaltung wurden aufgelöst. Zurzeit steht kein Tablet/Laptop mehr zur Verfügung. Ist ein Tablet/Laptop defekt, kann kein Ersatz erfolgen. Die Notebooks können im Peter-Rantzau-Haus nur Offline mit Mandatos arbeiten, da das WLAN im Peter-Rantzau-Haus nicht von der städtischen EDV-Abteilung betreut wird. Auch aus datenschutzrechtlichen Gründen sollten die weiteren Bürgerlichen Mitglieder entsprechende Tablets erhalten.

- **S. 46, PSK 11115.0800000, Beschaffung von Fotokopierern (2015 = 4 für Rathaus/1 für Schulen) – Zentrale Dienste**

Die Verwaltung führt auf Nachfrage aus, dass 5 Drucker beschafft werden sollen, davon 4 für das Rathaus und 1 für das Schulzentrum Am Heimgarten. Ein Ausschussmitglied erklärt, dass der Erwerb von Fotokopierern überholt sei und regt die Prüfung des Instrumentes „Pay per Page“ an. Es handelt sich hierbei um kein Leasing. Die Verwaltung sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Anmerkung der Verwaltung

Das Prüfergebnis wird nachgereicht.

– **S. 46, PSK 11115.0891000, Anteil TUI-Hardware, Sammelposten zwischen 150 € und 1.000 € - Zentrale Dienste**

Ein Ausschussmitglied bittet um Erläuterung der Erhöhung der Mittel im Finanzplan von 30.000 € im Jahr 2014 auf 50.000 € im Jahr 2015.

Die Verwaltung berichtet, dass allein für ca. 27.000 € PC`s und Monitore und für weitere rd. 12.000 € I-Phones für Mitarbeiter beschafft werden sollen. Weitere 5.000 € umfassen Tastatur und Mäuse.

Unter anderem sind ca. 8 Tablets für die Fachbereichsleiter und Fachdienstleiter, die mit Gremien arbeiten, aber auch für die Protokollführer eingeplant, um auch für die Verwaltung den Druck von Vorlagen zu reduzieren. Zurzeit teilen sich auch mehrere Mitarbeiter aus Kostengründen ein Tablet. Ziel ist es auch, die Mitarbeiter an die papierlose Gremienarbeit heranzuführen.

Ein Ausschussmitglied bittet um Prüfung der Erforderlichkeit der Anschaffung von I-Phones und der weiteren PC`s. Bezogen auf die Beschaffung von I-Phones wird um Erläuterung gebeten, nach welchen Kriterien diese vergeben werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Mehraufwendungen entstehen durch den vermehrten Einsatz von mobilen Geräten. Die Verwaltung stattet, wenn es die Aufgabenerfüllung erfordert, ihre Mitarbeiter/Innen mit mobilen Geräten (Smartphones, Tablets) aus. Die Entscheidung, ob ein solches Gerät bewilligt wird, liegt beim Fachdienst-, bzw. Fachbereichsleiter.

Die IT der Stadt Ahrensburg hat aus Gründen der administrativen- und sicherheitstechnischen Anforderungen eine Einheitlichkeit der Geräte gefordert. Da bereits seit längerem Apple Geräte im Einsatz sind, ist die Wahl auf diesen Hersteller gefallen.

55 Mitarbeiter/Innen haben aktuell ein Handy, 23 davon ein Smartphone. 17 Geräte müssten im nächsten Jahr beschafft werden (Ersatz- und Neuanschaffung). Der Preis liegt bei ca. 700 € pro Gerät, in Summe sind das 11.900 €. Für Neuanschaffung iPads und Ersatz für vorhandene sind 6.000 € veranschlagt worden.

– **S. 47, PSK 12600.0791000, Sammelposten (zwischen 150 € und 1.000 €), insbesondere Dienst- und Schutzkleidung - Brandschutz**

Es erfolgt eine Reduzierung im Finanzplan von 69.000 € im Jahr 2014 auf 14.000 € im Jahr 2015, dadurch bedingt, dass nunmehr für die Veranschlagung der Einzelpreis von Schutzbekleidung der Feuerwehr maßgeblich ist. Bis zu 150 €/Einzelpreis erfolgt die Veranschlagung im Ergebnishaushalt, siehe PSK 12600.5271000.

- **PSK 12600.0700000, Ersatzbeschaffung eines Einsatzleitwagens für das Rettungszentrum/Beschaffung Kommandowagen (PKW) - Brandschutz**

Zu dieser Position besteht sowohl ein Antrag der WAB-Fraktion (AN/043/2014) sowie der CDU-Fraktion (AN/084/2014).

Die CDU-Fraktion beantragt mit Antrag AN/084/2014 für den Haushalt 2015 eine VE zu Lasten 2016 für das PSK 12600.0700000 Ersatzbeschaffung eines Einsatzleitwagens für das Rettungszentrum. Die Feuerwehr habe dadurch Planungssicherheit und könne bereits 2015 einen entsprechenden Auftrag vorbereiten.

Gemäß AN/043/2014 hat die WAB-Fraktion gebeten zu prüfen, ob die Neuanschaffung des Kommandowagens verschoben werden kann, bzw. ob der Preis von 60.000 € angemessen ist.

Anschließend werden im Rahmen **des Teilergebnisplans 2015** Verständnisfragen beantwortet:

- **S. 65, 83.000 €, Beschaffung von Hardware – Zentrale Dienste**

Ein Ausschussmitglied bittet um Erläuterung der Beschaffung von Hardware in Höhe von 83.000 €.

Anmerkung der Verwaltung

1. *Siehe vorangegangene Ausführungen zu PSK 11115.0891000 (S. 46)*
2. *In Höhe von 25.000 € ist der Ausbau des Rechenzentrums (weitere SAN-Knoten) vorgesehen, weitere 8.000 € sind für den Ersatz von Servern in Schulen veranschlagt.*

- **S. 66, PSK 11115.5431010, Spezielle Geschäftsaufwendungen für Bauleitplanung, Sachverständige etc.**

Die WAB-Fraktion hat gem. Antrag AN/044/2014 in Anbetracht der anstehenden Neubesetzung der FB-Leitung in 2015 und der Bürgermeisterwahl im Herbst 2015 beantragt, die Organisationsuntersuchung in Höhe von 100.000 € auf das Jahr 2016 zu verschieben. Mit Antrag AN/086/2014 hat die CDU-Fraktion beantragt, die Organisationsuntersuchungen für den Fachbereich IV sowie die Fachdienste II.1 und II.2 komplett zu streichen.

Die Organisationsuntersuchungen teilen sich wie folgt auf:

100.000 € Fachbereich IV
20.000 € FD II.2/Standesamt
20.000 € Fachdienst II.7 Jugendpflege

Die Verwaltung schlägt vor, die Organisationsuntersuchung für den Fachbereich IV mit Sperrvermerk zu versehen, die Mittel aber im Haushalt 2015 zu belassen.

Die Mittelbereitstellung von 57.000 € beim **PSK 11115.5431020/Zentrale Dienste/Bauhofleistungen** bezieht sich auf die Unterstützung des Bauhofes bei den erforderlichen Umzugsarbeiten infolge der Rathaussanierung nach dem Städtebauförderungsprogramm.

– **S. 71, PSK 11130.5011000, Beamtinnen und Beamte - Öffentlichkeitsarbeit-**

Ein Ausschussmitglied bittet um Erläuterung, warum die Personalaufwendungen für Beamte im Jahr 2014 von 95.800 € auf 156.600 € im Jahr 2015 gestiegen sind.

Anmerkung der Verwaltung

Die Veranschlagung wurde korrigiert, siehe 1. Änderungsliste zum Haushalt 2015, und dem Produkt 57100 „Wirtschaftsförderung“ zugeordnet. In diesem Zusammenhang ist die Beratung des Stellenplans abzuwarten.

– **S. 71, PSK 11130.5431000, Allgemeine Geschäftsaufwendungen (Bürobedarf, Bücher und Drucksachen, Bekanntmachungskosten, Post- und Fernmeldegebühren) - Öffentlichkeitsarbeit-**

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft, weshalb sich die Kosten von 15.000 € im Jahr 2014 auf 18.000 € im Jahr 2015 erhöhen.

Anmerkung der Verwaltung

Aus diesem PSK werden unter anderem die Rechnungen für Amtliche Bekanntmachungen gezahlt. Die nachrichtliche Veröffentlichung im MARKT erfolgte bis zum 31.12.2013 für eine jährliche Pauschale in Höhe von 1.284,46 €. Diese Vereinbarung wurde vom Markt gekündigt. Es wurde ein neuer Vertrag zu den Kosten für die nachrichtliche Veröffentlichung Amtlicher Bekanntmachungen geschlossen, in dem der Stadt Ahrensburg ein Behördenrabatt auf die normalen Anzeigenpreise gewährt wurde. Die Erhöhung um 3.000 € zum Zeitpunkt der Haushaltsanmeldungen im Frühjahr 2014 war eine Schätzung der notwendigen Kostenerhöhung für die Veröffentlichungen im Markt. Mitte des Jahres wurde noch einmal mit dem Markt nachverhandelt und ein weiterer Rabatt von 50 % vereinbart. Trotz dieser Nachverhandlungen sind für das Jahr 2014 für die nachrichtliche Veröffentlichung der Amtlichen Bekanntmachungen bis zum 11.12.2014 Kosten in Höhe von 14.928,38 € entstanden. Eine erneute Pauschalen-Vereinbarung wird vom MARKT abgelehnt. Sollte eine nachrichtliche Veröffentli-

chung im MARKT wie bisher gewünscht sein, muss der Haushaltsansatz für 2015 nicht um 3.000 € sondern um 15.000 € erhöht werden.

– **S. 71, PSK 11130.5431010. Spezielle Geschäftsaufwendungen für Bauleitplanung, Sachverständige etc. - Öffentlichkeitsarbeit**

Ein Ausschussmitglied bittet um Begründung der Erhöhung der Mittelansätze aus dem Jahr 2013 mit 2.439,02 € und den Folgejahren dann auf 10.000 €.

Anmerkung der Verwaltung

Für 2013 wurden ursprünglich Mittel bei dem o.g. PSK in Höhe von 15.000 € eingeworben. Die Mittel waren überwiegend für einen Internet Relaunch eingeplant, welcher jedoch bisher nicht realisiert werden konnte. Zurzeit wird versucht, die vorhandene Internetseite der Stadt Ahrensburg zu optimieren.

– **S. 78, PSK 11145.5431000, Allgemeine Geschäftsaufwendungen, Bürobedarf, Bücher und Drucksachen, Bekanntmachungskosten, Post- und Fernmeldegebühren - Liegenschaftsabteilung**

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft über die Erhöhung von 800 € im Jahr 2014 auf 16.000 € im Jahr 2015. Hier handelt es sich um die Zuständigkeit des Finanzausschusses.

Anmerkung der Verwaltung

Vorgesehen ist eine europaweite Ausschreibung für ein städtisches Grundstück. Daher sind nicht nur allgemeine Geschäftsaufwendungen zu begleichen, sondern insbesondere auch hohe Bekanntmachungskosten erforderlich.

– **S. 82, PSK 11155.5431020, Sonstige Geschäftsaufwendungen, Erstattung an den Bauhof - Zentrale Gebäudewirtschaft**

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft über die Erhöhung des Ansatzes im Jahr 2013 in Höhe von 8.503,81 € auf die Folgejahre auf 22.000 €. Hier handelt es sich um die Zuständigkeit des Finanzausschusses.

Anmerkung der Verwaltung

Das Rechnungsergebnis lag im Jahr 2012 bei rd. 21.800 €, 2013 bei rd. 8.500 €, 2014 bei rd. 15.200 € (bisher). Der Planansatz 2015 wurde mit 22.000 € beibehalten. Insbesondere unterschiedliche Aufgaben (Tischlerarbeiten, Pflege Außenanlagen) führen zu schwankenden Rechnungsergebnissen.

– **S. 118, PSK 25200.5431010, spezielle Geschäftsaufwendungen f. Bauleitplanung, Sachverständige etc. - Stadtarchiv**

Ein Ausschussmitglied bittet um Erläuterung der Erhöhung des Ansatzes beim PSK 25200.5431010, Spezielle Geschäftsaufwendungen für Bauleitplanung, Sachverständige von im Jahr 2013 = 999,60 € auf die Jahre 2014/2015 mit jeweils 3.500 €.

Anmerkung der Verwaltung:

- 1. Das Ahrensburger Stadtarchiv verfügt über viele Bestände in bereits digitalisierter Form. Dazu gehört das umfangreiche Bildarchiv (weit über 20.000 digitale Motive ab ca. 1870), das kleine Filmarchiv sowie die so genannten Familienstammtafeln, eine ausgewertete Fassung der Kirchenbücher nach Namen ab ca. 1600. Zudem liegen viele Texte vor, die neben der Chronik besondere Themen beleuchten – wie Biographien, Zusammenstellungen über Siedlungsgeschichte, Tunneltal, Rathaus etc.*
- 2. Die Anfragen an das Archiv kommen überwiegend per E-Mail, Nachfragen nach Unterlagen werden fast ausschließlich nach digitalen Formaten gestellt, Schüler nutzen nur noch Dateien.*
- 3. Die Archiv-Informationen über die Stadt, die auf dem derzeitigen Web-Auftritt eingestellt werden können, sind schlecht zu finden und sehr wenig zu sortieren. Ein eigener kleiner ikiss des derzeitigen Providers bietet kaum Vorteile. Erst ein eigener Auftritt, der z. B. auch vom städtischen Provider oder einer anderen Agentur erstellt werden und direkt an die städtische Homepage angeschlossen sein kann oder verlinkt sein kann, würde die notwendigen Funktionen bieten.*
- 4. Der beantragte Betrag von 3.500 Euro würde für die Planung einer ausbaufähigen Homepage verwendet werden, auf der in Zukunft die digitalen Inhalte des Archivs bequem über das Netz verfügbar gemacht werden und entweder über Bestellformulare oder „Shop-Funktionen“ auch erworben werden können - wie zum Beispiel historische Aufnahmen.*
- 5. Eine informative Homepage zur Stadt und Ihrer Geschichte stärkt das positive Image der Stadt Ahrensburg und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und bietet Schülern, Studenten und auch Gewerbetreibenden die Re-*

cherche- und Download-Möglichkeiten der Unterlagen und Fotomotive (auch das Jahr 2013 ist bereits „historisch“!) für Projektarbeiten, Flyer, Publikationen etc.

- **S. 171, PSK 42420.5315000, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, verb. Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen - badlantic**

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft über die Erhöhung des Zuschusses zum badlantic von im Jahr 2013 in Höhe von 1.749.060 € auf in den Folgejahren 1.800.000 €.

Anmerkung der Verwaltung

Der Zuschuss (Betriebsführungsentgelt) 2014 liegt bei rd. 1,77 Mio. €. Da zum Zeitpunkt der Planung die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren, wurde ein Zuschuss von 1,8 Mio. € eingeplant. Dieser ist über die vorläufige 2. Änderungsliste zum Haushalt nach Erörterung im Aufsichtsrat auf 1,65 Mio. € abgesenkt worden (FA 8.12.2014).

- **S. 205, PSK 57300, Wochenmarkt**

Auf Anfrage berichtet die Verwaltung, dass versucht werden soll, im Rahmen der Städtebauförderungsmaßnahmen auch den Umgebungsbereich des Rathauses und damit einhergehend auch die Unebenheiten auf dem Wochenmarktgelände zu beheben.

Der Tagesordnungspunkt wird anschließend auf die kommende Sitzung des Hauptausschusses vertagt.

11. Abstimmung über das weitere Vorgehen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement

Die Verwaltung berichtet, dass die Barmer Ersatzkasse bereit wäre, im Rahmen einer Sitzung des Hauptausschusses über das betriebliche Gesundheitsmanagement vorzutragen. Die Beratung durch die Kasse ist kostenfrei.

In der anschließenden Diskussion kommt der Hauptausschuss zu nachfolgender Empfehlung:

Es sollte eine abendliche nicht öffentliche Informationsveranstaltung im Februar 2015 stattfinden, an der die gesamte Selbstverwaltung teilnehmen kann. Andere Gremiensitzungen sollten zu diesem Zeitpunkt nicht stattfinden. Der Vortrag der Barmer Ersatzkasse sollte nicht im Rahmen einer Sitzung des Hauptausschusses stattfinden. Im Anschluss an den Vortrag durch die Barmer Ersatzkasse sollte die Möglichkeit der Diskussion bestehen.

Ausschussmitglied Hansen erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement eingereicht, diesen jedoch dann zunächst zurückgehalten hat, da erst der Vortrag der Barmer Ersatzkasse, der zunächst in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses vorgesehen war, abgewartet werden sollte. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird jedoch den Antrag AN/093/2014 im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen im Hauptausschuss stellen, der wie folgt lautet:

„Der Bürgermeister der Stadt wird aufgefordert, ein Betriebliches Gesundheitsmanagement für die Kernverwaltung der Stadt Ahrensburg einzuführen. Als Anschubfinanzierung werden 3.500 € in den Haushalt 2015 eingestellt.“

Folgende Punkte sprechen nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen für ein betriebliches Gesundheitsmanagement:

- Organisations- und Finanzierungshilfe durch eine Krankenkasse
- die Sicherung der Leistungsfähigkeit und Zufriedenheit der Mitarbeiter
- die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Ahrensburg steigt und sie präsentiert sich als ein aktiver Arbeitgeber für neue Bewerber
- eine Kostensenkung durch eine geringere Krankheitsrate
- die Erhöhung der Motivation und Identifikation der Mitarbeiter

12. Verschiedenes

12.1. Parkplätze in der Innenstadt

Der Seniorenbeirat weist auf die mangelnden Parkplätze in der Innenstadt hin. Ein Ausschussmitglied entgegnet, dass freie Parkplätze auf der Alten Reitbahn oder im Parkplatz Alte Meierei zur Verfügung stehen würden.

12.2. Ratsinformationssystem

Ausschussmitglied Brandt begrüßt, dass digital im Rahmen der Tagesordnung des Hauptausschusses und der Stadtverordnetenversammlung die Niederschriften der vorangegangenen Sitzung eingefügt sind und würde sich dies auch für sämtliche anderen Gremiensitzungen wünschen.

Die Verwaltung berichtet, dass es sich hierbei um eine Weiterentwicklung des Sitzungsprogramms Session handelt und nach einer Erprobung die Niederschriften der vorangegangenen Sitzungen in die Tagesordnung sämtlicher Gremiensitzungen eingefügt werden soll.

gez. Hinrich Schmick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin